

Der Bau der HGÜ-Leitungen ist ein extrem teures Mehrgenerationenprojekt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass ein solches Projekt von der Bedarfsfeststellung, über die Bewertung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit im Rahmen der Konsultationen, bis zum Bau der Trassen den vier Übertragungsnetzbetreibern, die letztlich ein finanzielles Interesse am größtmöglichen Ausbau haben, übertragen wird. Der beiden Energiedialoge in Bayern haben deutlich gezeigt, dass der Ausbau der HGÜ-Netze überdimensioniert ist und – gerade der Suedostlink (Projekte DC5 und DC20) – zunächst hauptsächlich einer gesicherten Einspeisung von Kohlestrom dienen sollte. Für diese Trassen gibt es im Rahmen einer dezentralen, verteilnetzorientierten Energiewende keinen Bedarf.

Die Erforderlichkeit der HGÜ-Leitung wird in der Öffentlichkeit unter anderem immer wieder damit begründet, dass der im Norden Deutschlands erzeugte Windstrom in den Süden transportiert werden muss. Diese Aussage ist nachweislich falsch; die Bürger werden hier wissentlich und absichtlich über den wahren Hintergrund des überdimensionierten Leitungsaubaus getäuscht (z. B. S. 68 und 235), die weitere Steigerung des grenzüberschreitenden Stromhandels.

Durch die fehlende Transparenz des Informationsprozesses werden die Mitspracherechte und die Akzeptanz der betroffenen Städte, Gemeinden und deren Bürger nicht nur behindert, sondern bewusst verhindert. Das ist in besorgniserregendem Maße unethisch und undemokratisch, da der vom Netzausbau betroffene Bürger als wichtigster Stakeholder außen vor bleiben soll, getäuscht und möglicherweise sogar belogen wird. Damit widerspricht die Umsetzung des Projektes möglicherweise Art. 14 III GG und ist verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Die auch von Deutschland unterzeichnete Aarhus-Konvention wird einfach übergangen.

Klar erkennbar in diesem NEP ist der Einfluss der alten großen Energieerzeuger auf die Netzausbaupläne. Mit diesen Trassen soll die zentrale Erzeugung von fossiler Energie und der überregionale Transport möglichst lange aufrechterhalten bleiben. Im Einklang mit dem Gesetzgeber (EnWG, EEG, NABEG, PlanSiG etc.) soll die Energiewende, wo immer möglich, verzögert werden. Alte Energie und große Netze sind zu Lasten der Verbraucher äußerst lukrativ für einige wenige.

Keine angemessene Beachtung im NEP finden ebenfalls die vielfach auch schon umgesetzten Pläne vieler Bundesländer zur regionalen Ausschöpfung ihrer Energiepotentiale. Die bisher erfolgten Anstrengungen vieler Regionen zur dezentralen Energiegewinnung werden zunichtegemacht. Die vom Lobbyismus stark beeinflusste Gesetzgebung bremst vieles aus.

Gesundheitliche Auswirkungen für die an der Trasse wohnenden Menschen und die massiven Eingriffe in die Natur und das Wohnumfeld der Betroffenen, die Auswirkungen auf das Landschaftsbild und die Naturhaushalte, finden ebenfalls so gut wie keine Berücksichtigung im Netzentwicklungsplan. Das „Schutzgut Mensch“ existiert hier scheinbar überhaupt nicht. Dies zeigt auch die Tatsache, dass es keine verbindliche bundesweite Abstandsregelung zur Wohnbebauung gibt (wie z. B. bei Windkraftanlagen in Bayern).

Die Wertverluste bei Immobilien und Grundstücken entlang der Trassen und auch teilweise erforderlichen Zwangsenteignungen erhöhen das Risiko der Altersarmut durch Vernichtung großer Werte für die Altersvorsorge für hunderttausende Familien massiv. Dies führt zu weiteren hohen Kosten und Transferleistungen im Sozialsystem. Die Entwicklungschancen für zumindest die nächste Generation werden schlagartig vernichtet: 'Das Recht auf Entwicklung ist ein unveräußerliches Menschenrecht' und vom Grundgesetz geschützt.

Zusätzlich belasten die riesigen Trassen die betroffenen Regionen auf nicht zumutbare Weise, da abgesehen von den nicht geklärten Gesundheitsrisiken auch die Entwicklung der Region nachhaltig zerstört wird. Ein Zuzug junger Familien, der Ausbau des Tourismus, der Erholungswert in der Region, zum Teil auch die landwirtschaftliche Nutzung wird zukünftig in der Nähe der großen Leitungen nicht mehr möglich oder stark eingeschränkt sein. Damit werden die betroffenen Anwohner in nicht zumutbarer Weise benachteiligt. Der Bau der Gleichstromtrassen, aber auch die geplanten Hochrüstungen von Wechselstromtrassen sind daher insgesamt abzulehnen. Ist es tatsächlich möglich, dass in Deutschland für viele Milliarden Euro Trassen gebaut werden, wenn

noch nicht einmal geklärt ist, ob diese gesundheitlich unbedenklich sind? Denn als Forschungsobjekt für Humanstudien sind sie wohl etwas zu groß ausgelegt und auch zu teuer. Aus meiner beruflichen Sicht als Arzt sehe ich keine ausreichende Studienlage hinsichtlich der gesundheitlichen Gefahren der menschen, die den entsprechenden elektromagnetischen Feldern am Trassenverlauf ausgesetzt sind.